

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 14 (1934-1935)
Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Gefahr vom Völkerbund.

Der Name eines Herrn Archimbaud, vor Tagen völlig unbekannt, ist plötzlich in vieler Munde. Kein Blatt der großen Presse, das sich nicht ausführlich mit ihm beschäftigte, — auch unsere Zeitungen sind voll von Kommentaren über diesen Herrn und die Worte, die man von ihm vernahm. Nun kann man gewiß sagen, daß unsere Zeit der politischen Sensationen — wenigstens seit zwei Jahren — nicht entbehrt und kaum ein Mensch im Europa von heute empfindet die Tatsache als außergewöhnlich, daß der blaue Himmel des Friedens über der Welt längst verschwunden ist und man jede Art Silberstreifen vergebens sucht. Denn beinahe jeder ahnt das kommende Gewitter und man hat sich inzwischen auch an das gelegentliche Wetterleuchten gewöhnt, das nun einmal häufig dem Gewitter vorauszu gehen pflegt.

Wenn nun besagter Herr Archimbaud gleichwohl eine so außerordentliche Resonanz gefunden hat, so mag das daran liegen, daß er in halbamtlicher Eigenschaft, nämlich als Berichterstatter der Armeekommission der französischen Kammer, Worte sprach, die — aus diesem Munde und vor diesem Forum — in der Prägnanz ihrer Fassung wirklich sensationell wirken können. Herr Archimbaud erklärte nämlich vor einigen Tagen wörtlich:

„In der Erkenntnis, daß die Haltung Deutschlands den Frieden Europas in Mitleidenschaft ziehen könnte, wollten die Sowjetunion und Frankreich ihre Freiheit schützen, und es ist unleugbar, daß zwischen den beiden Ländern eine Verständigung (im Original: entente) besteht. Ich gebrauche nicht das Wort Bündnis (alliance), auch nicht das Wort Militärvertrag (accord militaire); ich stelle lediglich fest, daß das russische Heer sehr stark und vollkommen ausgerüstet ist, und daß es uns angeboten ist (offerte) im Falle des Konflikts mit Deutschland.“

Ohne Zweifel war eine gewisse Zahl von Franzosen über diese Verständigung erregt, denn die Form der Sowjetregierung entspricht nicht den Wünschen dieser Franzosen. Aber Kardinal Richelieu hat nicht gezögert, mit den Protestanten Deutschlands gegen das Haus Österreich ein Bündnis zu schließen. Das bürgerliche Frankreich kann also unter den heutigen Umständen sich sehr gut mit der Sowjetunion verbünden (allier). Wir können uns nur freuen über eine Verständigung, die Europa stabilisiert. Gewiß können wir bedauern, daß 20 Jahre nach der Kriegserklärung, 15 Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles, trotz Genf, trotz Viererpakt, trotz Abrüstungskonferenz eine Rückkehr zur alten Politik des europäischen Gleichgewichts gemacht werden mußte, zu den Tagen von 1894.“

Die Beziehung auf das Jahr 1894 muß der Zusammenstellung der Daten 1894—1914—1934 rufen, denn kaum jemals offenbarte sich das vollkommene Versagen der im Zeichen des Völkerbundes angeblich neu inaugurierten Politik so deutlich, als in dem symptomatischen Gleichklang dieser drei Daten, der zugleich einen verhängnisvollen Kreislauf der Geschichte bedeutet. Das Jahr 1934 ist an sich schon durch die 20jährige Wiederkehr des Kriegsausbruchs rein gefühlsmäßig belastet und die Richtung der großen Politik ist wirklich dazu angetan, diese gefühlsmäßige Reaktion an Hand der nackten Tatsachen in verhängnisvoller Weise zu bestätigen.

Im Jahre 1894, auf das Herr Archimbaud sich bezieht, kam der Abschluß des ersten französisch-russischen Bündnisses zu Stande, das sich 20 Jahre später hätte bewähren sollen — und wohl in vollem Umfange bewährt hätte, wäre nicht die Macht Deutschlands über Erwarten groß gewesen. Sicher ist immerhin, daß allein dieses Bündnis Frankreich die Möglichkeit gab, mit einiger Aussicht auf Erfolg in den Krieg einzutreten. Und dieses Bündnis gehörte in jenes System des „europäischen Gleichgewichts“, aus dem in verhängnisvoller Weise der Weltkrieg sich ergab. Deshalb war es auch das oberste Ziel des Völkerbundes, die Politik des Gleichgewichts durch ein „Bündnis Aller mit Allen“ zu ersetzen — ein Phantasiegebilde, das, man darf wohl sagen, zu schön ist, um wahr zu sein. Und wohl kaum jemand in der weiten Welt glaubte an seine Verwirklichung, außer dem schweizerischen Bundesrat im Jahre 1920 (Bundesrat Schultheß erklärte kurz vor der Abstimmung über den Beitritt zum Völkerbund, am Beitritt der Vereinigten Staaten sei nicht zu zweifeln).

Da sich der schöne Traum mangels der notwendigen Voraussetzungen also nicht erfüllte, barg der Völkerbund von Anfang an den Keim einer Entwicklung in sich, die wieder zum Bündnisystem von früher zurückführen mußte. Und außerhalb des Völkerbundes entstanden, ohne jede Rücksicht auf die „neuen Prinzipien“, Bündnisse ganz nach früherem Muster, gestützt auf die tatsächliche oder angebliche Gemeinschaft der Interessen (kleine Entente, Frankreich-Polen). Versuche, dieser Entwicklung durch den Abschluß mehrgliedriger Pakte (Locarno, Kellogg) beizukommen, sind im Effekt heute schon gescheitert und die später auftauchenden zweiseitigen oder regionalen „Nichtangriffspakte“ wiesen zum Teil unverhüllt auf die Rückkehr zum alten Bündnisystem hin. Der fortschreitende Zusammenbruch des Völkerbundsgedankens, das Scheitern der Abrüstungskonferenz, die wachsenden zentral- und osteuropäischen Spannungen haben nun das letzte Hindernis weggeräumt und so setzt das französisch-russische Bündnis den Schlußpunkt unter eine Entwicklung, die im Kreise vom Kriege weg und wieder zum Kriege zurückführt.

Jedenfalls kommt der französisch-russischen Allianz eine besondere Bedeutung zu gegenüber dem seit dem Kriegsende bestehenden französisch-polnischen Bündnis. Dieses ergab sich beinahe zwangsläufig aus der Entwicklungsgeschichte des jüngsten polnischen Staates, an der Frankreich erheblichen Anteil hatte und es diente wohl in erster Linie der Stützung Polens, vor allem gegenüber Rußland, wenn auch die Hoffnung bestand, den jungen Staat, einst erstarkt, gegen Deutschland auszuspielen zu können — eine Aussicht, die sich nun allerdings weniger denn je zu erfüllen scheint.

Dagegen erhält die Allianz mit Rußland von allem Anfang an andern Charakter. Sie ist aus der Not geboren, aus jener Not, in die sich die Franzosen unter dem Titel „Sicherheit vor Deutschland“ seit Kriegsende hineingerebet und hineingeschrieben haben. Es hat keinen Zweck, immer wieder darauf hinzuweisen, daß es, ganz abgesehen von den Machtverhältnissen, niemals im politischen Interesse des Reiches liegen kann, gegen Frankreich vorzugehen — Hitler hat die Streitfrage um den Besitz des Elsaß jüngst erneut als endgültig erledigt bezeichnet — und daß demnach, außer der Saarfrage, Konflikte zwischen den beiden Mächten tatsächlich nicht mehr bestehen (es bleibt nur zu hoffen, daß dieser Konflikt im Januar wirklich verschwindet). Hitler hat dies kürzlich wieder zwei französischen Frontkämpfern erklärt — er empfängt in letzter Zeit französische Journalisten nur, soweit es sich um Frontkämpfer handelt, — und der eine, der die Unterredung in einer französischen Zeitung publizierte, wurde natürlich von allen Seiten angepöbelt. Stimmen, die irgendwie die Möglichkeit einer Verständigung mit Deutschland antönen, sind eben nach wie vor unerwünscht in Frankreich, das nun einmal auf Gedeih und Verderb der Sicherheitspsychose erlegen ist.

Das ist die Bedeutung der Allianz mit Rußland, daß für Frankreich kein moralisches noch materielles Opfer zu groß ist, wenn es wieder einen Verbündeten gegen Deutschland sich besorgen kann. Und die Opfer, die dieses Bündnis verlangt, sind wahrlich nicht gering! Einmal das Opfer der Überzeugung: es mag manchem Franzosen wenig wohl sein bei diesem Bündnis, das die „Kulturnation“ an die Seite jener blutigsten Gestalten der modernen Geschichte bindet — und das materielle Opfer: die Milliarden russischer Vorkriegs- und Kriegsverpflichtungen gegenüber Frankreich, wer spricht davon? Sie sind gestrichen und darüber hinaus wird französisches Kapital wohl bald erneut nach Moskau getragen werden — denn die Russen sind gute Geschäftsleute — und niemand wird sagen können, ob es nicht ebenfalls unwiederbringlich vergeben sein wird.

Kein Opfer zu groß! Dafür wurde nun ein Militärbündnis eingehandelt, und die Zweifel gewisser Blätter an dieser Tatsache erscheinen müßig, in Unbetracht der klaren Worte, daß das russische Heer den Franzosen angeboten sei im Konfliktfalle.

Ob wohl der effektive militärische Wert für Frankreich so bedeutend ist, wie Herr Archimbaud meint? Man hört verschiedenes über das russische Heer und die Zweifel an seinen Qualitäten lassen sich nicht ganz unterdrücken. Übrigens kam dieser Tage eine Meldung aus Moskau, wonach das Zentralexekutivkomitee der Sowjetunion den ehemaligen Botschafter in Gom, Potemkin, zum russischen Botschafter in Paris ernannt habe. Nomen est omen?

Der Schweiz, Mitglied des Völkerbundes, kann die Entwicklung der französischen Bündnispolitik nicht gleichgültig sein; sie gefährdet indirekt erneut, und in ganz erheblichem Maße, unsere Unabhängigkeit, unsere Stellung als neutraler Staat. „Neutral“? können wir davon überhaupt noch sprechen, heute, wo die Entwicklung zum Konflikt treibt und die Schweiz in höchster Gefahr steht, als Mitglied des Völkerbundes, verpflichtet durch ihre Unterschrift, in die sich bildende Koalition gegen Deutschland hineingerissen zu werden? Das ist für uns das Tragische der jüngsten Entwicklung, das ist es, was uns unruhig werden läßt ob all dieser Bündnisse und Allianzen — daß unser Land nicht mehr, wie 1914, so frei ist und unabhängig, im Konfliktfalle für sich und die andern eine Insel des Friedens zu bleiben. Die Stunde ist ernst. Noch ist kein Weg sichtbar, der uns aus diesem Konflikt herausführen könnte. Die Schweiz hat in Genf ihr Wort gegeben. Niemand denkt daran, es nicht zu halten.

Es besteht nach der politischen Gesamtlage tatsächlich die Gefahr, daß der Völkerbund zu einer ersten Aktion im Sinne der französischen Politik veranlaßt werden könnte. Durch den Beitritt Rußlands ist die Machtstellung Frankreichs nicht unbedeutend gewachsen und die Einflüsse und Absichten der französischen Bündnispolitik müssen sich demzufolge verstärkt auf den Völkerbund übertragen. Irgend ein ernstlicher Gegeneinfluß ist, zumal seit dem Austritt Deutschlands, nicht vorhanden.

Nun stellt sich, täglich mehr, das deutsche Rüstungsproblem in den Vordergrund der politischen Diskussionen und diese Rüstungen werden von deutscher Seite, wenn nicht der Höhe nach, so doch grundsätzlich, offen zugegeben. Ganz abgesehen von der Berechtigung Deutschlands im materiellen Sinne, die hier nicht zur Diskussion steht, bedeutet diese Rüstung formell zweifelsohne eine Verletzung der Bestimmungen des Vertrages von Versailles über den für die deutsche Rüstung zugelassenen Stand. Die Möglichkeit, daß der Völkerbund Sanktionen verfügt, ist damit gegeben.

Der gesteigerte Einfluß Frankreichs im Völkerbund durch den Eintritt seiner jüngsten militärischen Bundesgenossen könnte eines Tages das Begehren nach Sanktionen leicht akut werden lassen und bei der heutigen Stimmung, von der auch die jüngste Debatte im englischen Unterhaus — über den Zusatzantrag Churchill —

Zeugnis ablegte, ist es tatsächlich fraglich, ob einem solchen Begehren ernstlich opponiert würde, wozu, ganz abgesehen vom Rüstungsproblem, die Feindschaft gegen den Nationalsozialismus das ihrige beitragen würde.

Die Schweiz ist verpflichtet, sich an Sanktionen wirtschaftlicher Art — also unter Ausschluß der militärischen — zu beteiligen. Daß sich unsere Marxisten bei Sanktionen gegen Deutschland als begeisterte Kämpfer in vorderster Front erweisen würden, ist nicht zu bezweifeln; ebensowenig aber, daß damit unsere Neutralität endgültig der Geschichte angehören würde.

Bei aller Vorsicht, welche bei der Behandlung so delikater Probleme — in außen- und innenpolitischer Richtung — am Platze ist, sollte alles versucht werden, den Knoten noch rechtzeitig zu lösen.

Jann von Sprecher.

Abschreckung!

Das Bundesstrafgericht hat sein Urteil im Bombenschmuggelprozeß von Staad gefällt. Die drei österreichischen Nationalsozialisten, die sich erwischt ließen, sind zu 14 Monaten verurteilt worden, haben also noch 10 Monate abzusitzen. Das ist eine sehr schwere Strafe, die in keinem Verhältnisse steht etwa zu dem Urteil im Zürcher Bombenwerferprozeß oder gar dem Prozeß vor Bundesstrafgericht gegen Nicole. Die Strafe ist deshalb um so schwerer, weil die drei Angeklagten persönlich einen durchaus guten Eindruck machten, sicher keine Verbrecher sind und ja auch keinen Anschlag auf schweizerischem Boden durchführen oder unmittelbar von unserm Gebiet aus in Szene setzen wollten. Das Bundesstrafgericht ist auch offenbar gar nicht auf die Beweggründe der drei Angeklagten, auf eine Würdigung ihrer Lage und der Stimmung, aus der heraus sie handelten, eingetreten, sondern hat allein nur den Tatbestand einer Verletzung unseres Hoheitsgebietes beurteilt. Es hat auch offenbar ein drakonisches Urteil fällen wollen, um ein für alle Male vor einer Wiederholung ähnlicher Versuche abzuschrecken. Es handelt sich hier also weniger um ein Urteil für einen ganz bestimmten Tatbestand, sondern um eine Rundgebung unseres obersten Gesichtes, daß es bereit ist, jede Verletzung unserer Neutralität in ganz besonders scharfer Weise zu ahnden. In diesem Sinne ist das Vorgehen des Bundesgerichtes zu begrüßen!

Allerdings ist die selbstverständliche Voraussetzung, unter der allein wir das Urteil begrüßen, nun die, daß von jetzt an alle Versuche von Ausländern, unsere Neutralität irgendwie zu mißbrauchen und von unserm Boden aus fremde politische Geschäfte zu besorgen, mit derselben drakonischen Strenge geahndet werden. Und zwar gilt das sowohl für die Haltung des Bundesstrafgerichtes als oberste richterliche Behörde wie des Bundesrates als oberste Verwaltungsspitze. An Gelegenheit, diesen Willen zu zeigen, wird es ja nach den bisher beobachteten Vorgängen durchaus nicht fehlen!

Wir halten auch eine solche scharfe Haltung zur Wahrung unserer Neutralität in einem Augenblick stets steigender Spannungen rings um uns für absolut notwendig. Sie entspricht durchaus der bisherigen Haltung des Bundesrates in wichtigen Fragen der schweizerischen Neutralitätspolitik wie beim Eintritt Rußlands in den Völkerbund, anlässlich der Frage der Schweizer in der Saarpolizei und der Vortragsreisen ausländischer Redner zur Saarfrage. Wir halten aber auch dafür, daß die Angelegenheit der „Pfeffermühle“ in diesen Kreis gehört und von Bern aus entsprechend geregelt werden sollte.

Wird nämlich nun die durch das scharfe St. Galler Urteil gewiesene Politik nicht entsprechend fortgesetzt und allseitig angewandt, so müßte dieses Urteil selbst in ein etwas merkwürdiges Licht geraten. Man könnte nämlich dann auf den Gedanken kommen, daß man in St. Gallen verbreiteten Stimmungen in der Schweiz

entgegengekommen sei und ein Exempel gegenüber dem Nationalsozialismus habe statuieren wollen. Darauf könnten eine Reihe von Bemerkungen des Bundesanwalts in seiner Anklagerede hindeuten, die eine sehr deutliche Spitze nach Norden zu enthielten. Darauf hin könnte es auch deuten, daß man die vielen Milderungsgründe für die Angeklagten einfach übergangen hat, die sich insbesondere aus den haarsträubenden Zuständen in Österreich ergeben. Diese hat ja für alle drei Angeklagten der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Hausmann in St. Gallen, in einer Weise nachgewiesen, die sich das österreichische „Diktatürchen“ jedenfalls nicht hinter den Spiegel stecken wird. Wir wollen aber, wie gesagt, nicht annehmen, daß solche Erwägungen beim Bundesstrafgericht mitgewirkt haben, sondern allein die Rücksicht auf unsere Neutralität. Man beweise das aber auch in der Zukunft durch eine folgerichtige Haltung!

Hektor Ammann.

Zur politischen Lage.

Südslavien nach dem Attentat von Marseille. / Das Spiel der europäischen Mächte. / Die verpaßte Gelegenheit an der Saar.

Jede Lebensversicherung eines der Balkanmonarchen oder eines der so zahlreich gewordenen europäischen Diktatoren wird heute unweigerlich mit einer ganz besonders hohen Risikoprämie zu rechnen haben. So wird sich auch König Alexander von Südslavien über sein schließliches Schicksal keinen Täuschungen hingeben haben. Er hat ja in seiner Person die harte und gewaltsame Entwicklung des kleinen Serbenstaates zum heutigen Südslavien so recht verkörpert. Im ersten und zweiten Balkankrieg hat er schon eine Rolle gespielt; er hat dann an erster Stelle die Verantwortung mitgetragen für die in Belgrad gefallene Entscheidung zum Ausbruch des Weltkrieges; er hat weiter Serbien in dem beispiellosen Auf und Nieder des Weltkrieges geführt und auch hier so manche blutige Gewalttat mit seinem Namen gedeckt. Alexander hat schließlich dem Wirrwarr in dem neuen Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen mit seiner Diktatur kurzweg ein Ende bereitet und hat es zugelassen, daß die Gegner der schrankenlosen serbischen Vorherrschaft im Staate mit allen Mitteln beseitigt wurden. Der Mord an Raditsch und seinen Gefährten im offenen Parlament, die Einkerkelung der kroatischen und slowenischen Führer, die Verbannung von alten großserbischen Vorkämpfern wie Pribitschewitsch, das ganze für uns ziemlich unausdenkbare Regime einer Balkandiktatur hat er mit seinem Namen und seinem Ansehen gedeckt. Er fiel damit zweifellos aus dem Stil des Balkangeschehens nicht heraus und hat selbstverständlich sehr vieles von dem durch ihn und unter ihm Geschehenen mit der Staatsraison rechtfertigen können und dürfen, aber ebenso selbstverständlich mußte es sein, daß sich an seinen Namen der Haß all der von seiner Politik vernichteten Existenzen hingete. So konnten denn auch die Schüsse von Marseille durchaus nicht überraschen; eher ist es verwunderlich, daß sie so spät gefallen sind.

Trotzdem stellt der gelungene Anschlag eines jener unberechenbaren Ereignisse in der Hohen Politik dar, die viele sorgfältig ausgeklügelte Pläne durchkreuzen und tiefe Nachwirkungen haben können. Am unmittelbarsten ist Südslavien betroffen. In seinem Staatsleben ist mit dem Tode Alexanders die einigende Spitze eigentlich weggefallen. Die Entscheidung über die Zukunft des Landes liegt jetzt wieder vollständig in der Hand der Armee, d. h. der Offiziere. Das muß bei den mannigfachen Spannungen im Innern und nach Außen seine Rückwirkungen über kurz oder lang haben. Südslavien wird von jetzt an wieder ein besonders unsicherer Faktor in der internationalen Politik sein.

Einen Vorgeschmack davon wird die europäische Öffentlichkeit schon in den letzten Tagen bekommen haben, seit von Belgrad aus der scharfe Vorstoß gegen Ungarn erfolgt ist. Die Gründe für diesen Vorstoß sind natürlich klar genug. Ein-

mal braucht man gegenwärtig in Belgrad eine Ablenkung der Volksleidenschaften nach Außen und man ergreift natürlich begierig jede Gelegenheit, ein Glied des allmählich von Italien auf drei Seiten um Südslawien geschlungenen Ringes von Albanien über Österreich nach Ungarn einzeln zu treffen. Und nun hat man ja wirklich gegen Ungarn einigen Grund zur Klage, wenn auch das vorliegende „Beweismaterial“ durchaus nach balkanischem Maßstabe gemessen sein will. So ist es denn zu der großen Völkerbundsaktion gekommen, die eine Reihe von europäischen Mächten in peinliche Verlegenheit gestürzt hat. Was soll z. B. aus der zarten Pflanze der italienisch-französischen Verständigung werden, wenn die beidseitigen Vorposten und Schützlinge derart aufeinander losgehen? Deshalb erleben wir heute all die Bemühungen, einen möglichst geschickten Ausweg aus dieser Klemme zu finden. Es ist auch anzunehmen, daß dieser Ausweg gefunden wird, wenn nicht die Belgrader Militärkreise noch irgend einen Strich durch diese Rechnung machen werden.

* * *

Man darf sich nun aber durch den starken Eindruck der Tat von Marseille und deren Weiterungen nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß es sich bei diesen Auseinandersetzungen doch nie um das Kernstück der europäischen Politik handelt, sondern nur um Ereignisse zweiter Ordnung. Das Hauptinteresse verdient deshalb auch ungemindert die stets im Gang befindliche Entwicklung des Hauptproblems, die Gestaltung der Beziehungen der europäischen Großmächte.

Die stärkste Wirkung geht hierbei immer noch vom Deutschen Reiche aus und zwar nicht von seiner diplomatischen Rührigkeit, sondern in erster Linie von seiner fortschreitenden Wehrbarmachung. Dieses Ereignis vollzieht sich heute fast im vollen Lichte der europäischen Öffentlichkeit. Es wird von Deutschland her nicht bestritten und von allen Seiten fieberhaft verfolgt. Aber trotzdem weiß eigentlich niemand etwas Sicheres darüber. Man vergleiche da nur einmal die merkwürdigen Zahlen, deren Unrichtigkeit handgreiflich ist, die vom Berichterstatter in der französischen Kammer soeben genannt worden sind. Man wird ja wohl sagen dürfen, daß sie absichtlich übertrieben worden sind, um in Frankreich die Stimmung für die neuen gewaltigen Rüstungsausgaben besser zu machen. Aber auch sonst begegnet man in der Presse der ganzen Welt eigentlich nur durchaus phantastischen Berichten über den Umfang der deutschen Rüstungen. Die Wahrheit ist eben die, daß Deutschland durchaus neue Wege einschlägt und neue Formen gefunden hat, um sich wieder zu einem wehrhaften und im Rate der Völker zählenden Staate zu machen. Ähnlich wie vor etwas mehr als einem Jahrhundert unter den Augen Napoleons unerkannt und unverstanden unter der Führung Scharnhorsts und Gneisenaus eine neue preußische Wehrmacht entstanden ist, die ganz anders war, als man eben damals gewohnt war, ähnlich vollzieht sich heute unter den Augen Frankreichs der Neuaufbau einer deutschen Wehrmacht. Und von diesem Faktum geht immer neue politische Unruhe in ganz Europa aus. Durch die Tatsache, daß allmählich in mitten Europas wieder eine Macht entsteht, mit der man rechnen muß, wird ganz von selbst das in Versailles geschaffene politische System von innen her ausgehöhlt. Es ist heute schon eine bloße Maske, ohne innere Berechtigung und tatsächliche Unterbauung. Das wird zwar noch nirgends offen zugegeben, aber in den maßgebenden Kreisen in Paris, in Rom, in London usw. usw. ist man doch in fieberhafter Betriebsamkeit begriffen, um sich dieser Umwertung der politischen Werte in Europa anzupassen und mit ihr Schritt zu halten.

Mussolini setzt die Bemühungen zur Festigung seines Blocks mit Österreich und Ungarn ständig fort. Das Ziel ist natürlich ein Militärbündnis, das auf der einen Seite die Einkreisung Südslawiens mächtig fördern würde und auf der andern Seite die Italiener im Donauraume Fuß fassen ließe. Der schwache Punkt in dieser Gruppierung ist immer noch Österreich. Dort sucht gegenwärtig die Regierung Schuschnigg mühsam eine gewisse Bewegungsfreiheit zu erreichen. Sie verschnächt

es nicht, Versuche zu unternehmen, ihre so kläglich schwache Grundlage im Volk durch Verhandlungen mit den so grimmig befehdeten und verfehmten nationalen Kreisen zu verbreitern. Sie ist auch offenbar gegenüber Italien nicht so willenlos gewesen wie seinerzeit Dollfus. Das alles hat Mussolini bedenklich gemacht. Er hat die Verhandlungen zwischen Schuschnigg und den Nationalen durch die Drohungen der Heimwehren zum Scheitern gebracht und hat Schuschnigg und Gömbös zum Rapport nach Italien befohlen. Gegenwärtig ist ja immer wenigstens ein Österreicher gerade in Italien, um dort die Freundschaft und ewige Treue neu zu beschwören. Kaum aber sind die Herren weg, so ist der Zweifel in die nicht sehr stark naturbedingte Freundestreue in Rom wieder vorhanden. Das wird wohl noch eine Weile so dauern, bis die große Enttäuschung kommt. Auf der andern Seite wird zwischen Italien und Frankreich eifrig verhandelt und zwar nun über die einzelnen Forderungen Italiens. Noch scheint keine Einigung erzielt zu sein. Man weiß auch nie recht, ob einem morgen aus den beidseitigen Blättern die lateinische Bluts-gemeinschaft in den höchsten Superlativen besungen entgegenhallen wird oder ein durchaus aufrichtiges Konzert gegenseitiger Beschimpfungen. Das wechselt ja so seit Jahren nach der jeweiligen Konjunktur.

Auf französischer Seite ist jetzt Laval dem possierlichen Spiel des Ministerstürzens und Ministererschaffens in Paris als Außenminister entstiegen und er läßt verkünden, daß ihm die Rettung der lateinischen Freundschaft erstes Bedürfnis sei. Er wird sich zu dem Zweck ja auch nächstens nach Rom begeben und heute steht schon fest, daß das ein großer Erfolg werden wird! Hat man etwa schon einmal eine solche Ministerreise erlebt, die nicht mit einem glänzenden Erfolge abgeschlossen hat? In Wirklichkeit darf man heute noch die ernstesten Zweifel hegen, ob Frankreich den Italienern wirklich genügend Zugeständnisse machen wird, um sie einigermaßen zufrieden zu stellen. Bisher war man ja in Paris durchaus der Meinung, daß es überhaupt keinen Zweck habe, den Italienern irgend etwas zu überlassen, da sie nie zufrieden sein würden. Diese Meinung ist wahrscheinlich richtig, da Frankreich heute Italien überall im Wege steht und da der Faschismus im Fördern nicht gerade bescheiden ist. Ob man jetzt in Paris anderer Auffassung geworden ist, darf bezweifelt werden. Zudem hat wohl Frankreich in Laval weder einen originellen noch einen energischen Außenminister, wie das bei Barthou der Fall war. Man darf auch hier starke Zweifel hegen, ob nun gerade er das Ei des Kolumbus finden wird, das bisher die italienischen und französischen Staatsmänner vergeblich gesucht haben.

Frankreich hat aber natürlich auch noch andere Wege seiner Politik als nur jene, die zu Mussolini führen; das sind die altbekannten und altbewährten Bahnen, die die überwältigende Front gegen Deutschland sichern sollen. Hier wird jetzt fleißig weiter gearbeitet. Gerade ist große Aufregung darüber entstanden, daß der Bericht-erstatte über Armeefragen in der Kammer von einem eigentlichen Bündnisse mit Rußland gesprochen hat. Es hat Dementis geregnet von allen Seiten; niemand will von irgend etwas wissen, weder in Paris noch in Moskau. Trotzdem ist es ganz sicher, daß zwischen Frankreich und Rußland nähere Abmachungen bestehen, ob sie nun so oder so heißen. Sicher hat Frankreich Rußland nicht umsonst in den Völkerbund hineingebracht. Nur feste Abmachungen können beiden Staaten das bieten, was sie von einem Zusammengehen erwarten: Rußland die Rückendeckung im Westen angesichts der Gefahr in Ostasien, Frankreich die Zange gegenüber Deutschland. Damit hat Frankreich das etwas wackelig gewordene Polen in seinem Machtgebäude ersetzt, ohne natürlich auf Polen verzichtet zu haben. Es wird in dieser Richtung fortfahren und die Einkreisung Deutschlands stets in voller Stärke zu erhalten suchen. Diese Aufgabe ist aber heute mühsamer als bisher und Herr Laval wird Arbeit genug haben.

* * *

Inzwischen bleibt das deutsch-französische Verhältnis weiter im Ungewissen. Von Deutschland aus wird bei jeder Gelegenheit die Bereitschaft zu einer Einigung mit Frankreich erklärt, freilich nur zu einer Einigung auf dem Fuß der Gleichberechtigung. Von Frankreich aus beschränkt man sich im großen Ganzen darauf, sein Mißtrauen auszudrücken und vorsichtig abzuwarten.

Darüber rückt die Saarabstimmung näher und näher. Nun trennen uns noch 11½ Monate von dem für das künftige deutsch-französische Neben- oder Gegeneinander entscheidenden Tage. Die Lage an der Saar hat sich grundsächlich nicht geändert, sie zeichnet sich aber von Tag zu Tag schärfer ab. Wir haben auf der einen Seite die Völkerbundsverwaltung, die sich unter der Leitung des Herrn Knog gebärdet, wie wenn sie in Zentralamerika oder im Innern von Afrika eine Verwaltung zu führen hätte. Polizeimaßnahmen, Zwangsmaßnahmen aller Art, Absankelungen von der hohen Obrigkeit sind an der Tagesordnung. Engländer, Tschechen, Belgier, Norweger, Schweden, Schweizer usw. werden herbeigezogen, um europäische Zustände an der Saar herbeizuführen. Es zeigt sich also bis zum letzten Augenblick diese völlige psychologische Verkennung der Aufgabe und der Pflichten einer Verwaltung im Herzen von Europa, die die ganze Völkerbundspolitik an der Saar zu einem vollen Mißerfolg werden ließ und immer noch mehr werden läßt.

Frankreich treibt seine alte Politik weiter. Es hat es zwar völlig aufgegeben, eine offizielle eigene Partei zu schaffen und für den Anschluß des Saargebiets an Frankreich zu werben. Die Zeiten sind vorüber und die von Clemenceau erfundenen 150 000 Saarfranzosen sind endgültig in der Versenkung verschwunden, nachdem sie ihren Dienst ja in Versailles getan haben. Dafür aber stützt nun Frankreich mit allen Mitteln die „Autonomisten“ im Saargebiet, die unter Führung des Nichtsaarländers Braun als buntes Gemisch aller mit dem heutigen Zustande in Deutschland unzufriedenen Elemente auftreten. Da ist der Renommierkatholik dieser Bundesgenossenschaft, Prinz Hubertus von Löwenstein, der Sproß eines österreichischen Adelsgeschlechts, der sich nach einem Abenteuerleben jetzt schließlich in die Politik geflüchtet hat und zugleich die Autonomisten im Saargebiet und die Vaterländische Front Schuschnigg in Österreich zum Kampfe gegen Hitlerdeutschland anfeuert. Trotz allem internationalen Lärm, den der breite Resonanzboden der gesamten links eingestellten oder sonst deutschfeindlichen Presse der Welt vervielfacht, gibt man sich heute wohl auch in Paris keinen Täuschungen mehr hin. Man hält auch dort einen Erfolg der deutschen Sache für sicher, aber man kann doch nicht darauf verzichten, die Autonomisten mit allen Mitteln zu fördern und ihre Sache zu der Frankreichs zu machen. Man stellt den Straßburger Sender und die französische Presse in ihren Dienst und führt so einen heftigen Kampf um die Saar. Mit aller Gewalt wird so eine neue deutsch-französische Auseinandersetzung offenkundigster Art herausbeschworen. Man wird sich in diesem Falle aber dann auch nicht darüber wundern dürfen, daß der Ausgang des Ringens nachher von deutscher Seite entsprechend ausgemünzt wird!

Inzwischen vollzieht sich gerade unter diesem offenkundigen Drucke Frankreichs und seiner Völkerbundsgehilfen die Umstellung der Front im Abstimmungskampfe. Es geht jetzt nicht mehr um eine Rundgebung für oder gegen Hitler, sondern es handelt sich immer mehr um die Entscheidung für Deutschland oder für Frankreich. Gerade das aber gibt der „Deutschen Front“ im Saargebiet die berechtigte Hoffnung auf einen eindrucksvollen Erfolg. Frankreich hat es so gewollt und in Paris hat man wieder einmal die Gelegenheit verpaßt, eine unhaltbar gewordene Stellung zu räumen, bevor sie erstürmt wird. Damit ist auch wieder einmal eine entscheidende Gelegenheit zur Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen verpaßt worden. Das ist mehr als schade!

A r a u, den 26. November 1934.

S e k t o r A m m a n n.